



ZDH

b BUNDESVEREINIGUNG
BAUWIRTSCHAFT



**ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUGEWERBE** **ZDB**

BfB[®]
Bundesverband
der
Freien Berufe e. V.

A BUNDES
ARCHITEKTEN
KAMMER

BIngK
BUNDES
INGENIEURKAMMER

An die Mitglieder der Bundestagsausschüsse

- Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- Verkehr
- Wirtschaft und Energie

18. Februar 2026

Vergaberecht mittelstandsgerecht gestalten!

Sehr geehrter Herr Kuban,

das Handwerk, die Bau- und Ausbauwirtschaft, die Freien sowie die Planenden Berufe nehmen mit zunehmender und großer Sorge die Diskussion über das Vergabeschleunigungsgesetz wahr. Seit über einem halben Jahr ist nicht klar, in welcher Weise der Bund, die Länder und die Kommunen öffentliche Aufträge vergeben. Vor dem Hintergrund der Investitionsmittel der Sondervermögen ist dies gerade für kleine und mittlere Unternehmen und sowie für Ingenieur- und Architekturbüros mittlerweile eine existenzielle Frage geworden.

Wir stellen fest, dass auf allen staatlichen Ebenen die Aufträge und die Lose immer größer werden, und Handwerk und Mittelstand sowie die regionalen Architektur- und Planungsbüros immer mehr außen vor bleiben. Stadthallen, die bislang vom regionalen Mittelstand gebaut wurden, gehen nun an weit entfernte Konzerne, Schulen, die bisher von regionalen Planern erdacht und von heimischen Firmen gebaut wurden, gehen nun in Megalosen an weit entfernt sitzende Konzerne. Die Bundeswehr lässt ihre Kasernen nicht vom heimischen Mittelstand planen und ertüchtigen, sondern vergibt die Sanierung und den Neubau von Kasernen im Wert von 3,5 Milliarden € in nur 7 Losen. Damit sind die allermeisten deutschen Firmen, auch die großen Bauunternehmen, aus dem Wettbewerb.

Die Investitionsmittel der Sondervermögen wurden von Ingenieur- und Architekturbüros, der Freien Berufe sowie Handwerk und Mittelstand als Chance wahrgenommen, nicht nur unsere Infrastruktur wieder in Ordnung zu bringen, sondern auch die Existenz unseres heimischen Mittelstandes und der vielen 100.000 Arbeitsplätzen, die daran hängen, zu sichern. Aufgrund der Vergabep Praxis des Bundes, der Länder

und auch leider der Kommunen wird das Sondervermögen aber zunehmend als Bedrohung wahrgenommen.

In der Debatte um das Vergabebeschleunigungsgesetz ist in den letzten Monaten immer wieder, sowohl im Kabinett als auch im Koalitionsausschuss ein Kompromiss gesucht und gefunden worden, der zu Lasten von Handwerk und Mittelstand und der kleineren Planungs- und Ingenieurbüros geht. Das im Koalitionsvertrag verankerte Bekenntnis zu einer mittelstandsfreundlichen Vergabe ist damit bereits zweimal aufgeweicht worden.

Wir brauchen daher dringend eine Einigung zum Vergabebeschleunigungsgesetz, das dem Koalitionsvertrag entspricht und dafür sorgt, dass regionale Handwerker und Mittelständler, Freien Berufe sowie Planungsbüros eine faire Chance auf Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben.

Immer wenn es Handwerk und Mittelstand gut ging, konnten sie Deutschland als Konjunkturlokomotive aus der Krise ziehen. Diese Chance sollten wir gerade nun nicht versäumen und gemäß dem Koalitionsvertrag das Vergabegesetz so gestalten, dass auch Handwerk und Mittelstand eine faire Chance im Wettbewerb um öffentliche Aufträge haben.

Mit herzlichen Grüßen



Holger Schwannecke
Generalsekretär
Zentralverband des Deutschen Handwerks



Marcus Nachbauer
Vorsitzender
Bundesvereinigung Bauwirtschaft



Felix Pakleppa
Hauptgeschäftsführer
Zentralverband Deutsches Baugewerbe



Peter Klotzki
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband der Freien Berufe



Dr. Tillman Prinz
Bundesgeschäftsführer
Bundesarchitektenkammer



Martin Falenski
Hauptgeschäftsführer
Bundesingenieurkammer